

naln Gedankenaustausch als Ausdruck und Beitrag der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit der auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftler der sozialistischen Staaten. Er ging auf einige Schwerpunkte der Diskussion ein, insbesondere auf das Erfordernis der Erhöhung der gesellschaftlichen Effektivität des gerichtlichen Verfahrens, auf Aufgaben, Begriff, Wesen und Funktion sozialistischer Verfahrensprinzipien und

auf das besonders umstrittene Problem des Verhandlungsgrundsatzes im sozialistischen Zivilpro. Dabei hob er hervor, daß es nunmehr notwendig sei, die auf der Konferenz erstatteten Beiträge gründlich auszuwerten, und zwar auch im Hinblick darauf, daß die Arbeiten am Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen in ein entscheidendes Stadium getreten seien.

## Informationen der zentralen Rechtspflegeorgane

In ihrer 2. Sitzung am 29. November 1971 wählte die Volkskammer der DDR erneut Dr. Heinrich Toeplitz zum Präsidenten des Obersten Gerichts, Dr. Günther Sarge, Peter-Paul Siegert und Walter Ziegler zu Vizepräsidenten des Obersten Gerichts sowie Dr. Josef Streit zum Generalstaatsanwalt der DDR. Außerdem wurden 51 Richter und Militarrichter des Obersten Gerichts sowie 46 Schöffen des Senats für Arbeitsrechtssachen des Obersten Gerichts neugewählt bzw. wiedergewählt.

In Anwesenheit des Stellvertreters des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB Wolfgang Beyreuther\* und des Stellvertretenden Leiters der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes des FDGB, Dr. Walter Hantsche, verpflichtete der wiedergewahlte Präsident des Obersten Gerichts der DDR, Dr. Heinrich Toeplitz, die auf Vorschlag der Gewerkschaften am 29. November 1971 von der Volkskammer gewählten **Schöffen des Senats für Arbeitsrechtssachen des Obersten Gerichts** für ihre künftige Tätigkeit.

Brigitte Hoffmann, seit mehr als zehn Jahren als Schöffin beim Obersten Gericht tätig, sprach die Verpflichtung, die durch Handschlag der Schöffen bekräftigt wurde. Eingedenk ihres Klassenauftrags verpflichteten sich die Schöffen, stets auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR Recht zu sprechen und sich vorbehaltlos für die Macht der Arbeiterklasse einzusetzen. Präsident Dr. Toeplitz hob den bestimmenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitsrechtsprechung hervor. Er würdigte die Bedeutung der Betriebs- und Arbeitserfahrungen der Schöffen für die richtige Entscheidung von Arbeitsstreitfallen, hob jedoch gleichzeitig die vorbeugende, Konflikte vermeidende Tätigkeit hervor, die die Schöffen mit wachsendem Erfolg leisten.

Zwischen den Schöffen und den leitenden Staats- und Gewerkschaftsfunktionaren, die an der Verpflichtung teilnahmen, u. a. dem Vizepräsidenten des Obersten Gerichts, Peter-Paul Siegert, dem Kollegiumsvorsitzenden Oberrichter Dr. Strasberg und dem Vorsitzenden des Senats für Arbeitsrechtssachen, Oberrichter Rudelt, fand anschließend ein reger Meinungsaustausch statt. Verschiedene Schöffen berichteten über Erfahrungen, die sie in der zurückliegenden Zeit, z. B. bei Rechenschaftslegungen in den Betrieben, sammeln konnten.

Die Verpflichtung war ein würdiger Auftakt für die neue Amtsperiode der Schöffen, die für ein Drittel von ihnen zugleich ein erstmaliges Tätigwerden beim Obersten Gericht bedeutet. Sehr schnell werden die neugewählten Schöffen in ihre Aufgaben hineinwachsen, wenn sie die Unterstützung ihrer Gewerkschaftsleitungen, Betriebsleiter und der Schöffen erhalten, die über langjahrigere Erfahrungen verfügen.

Vom 13. bis 18. September 1971 weilte eine Delegation des **Ministeriums der Justiz** unter Leitung des Sektenleiters Eberhardt zu einem Studienbesuch in der Volksrepublik Bulgarien. Die Mitglieder der Delegation informierten sich über Probleme der Entwicklung des sozialistischen Familienrechts. Ihr besonderes Interesse galt den Erfahrungen, die die bulgarischen Gerichte mit dem 1968 in Kraft getretenen Familiengesetzbuch und dem Gesetz über das gerichtliche Ver-

fahren in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen gesammelt haben. Der Besuch trug dazu bei, die freundschaftlichen Beziehungen und die enge Zusammenarbeit zwischen den Justizministerien der DDR und der Volksrepublik Bulgarien weiter zu vertiefen und zu konkretisieren.

Während ihres Aufenthaltes wurde die Delegation auch vom Justizminister der Volksrepublik Bulgarien, Frau Swetla Daskalowa, empfangen.

Gegenstand der Beratung des **Konsultativrats für Patentrecht beim Obersten Gericht** waren am 10. November 1971 die Grundsätze der Vergütung der Erfinderteistung bei Wirtschaftspatenten. In der Aussprache ergab sich Übereinstimmung darüber, daß der Industrieabgabepreis im allgemeinen eine wenig geeignete Vergutungsgrundlage ist; es wurde daher begrüßt, daß nach dem Entwurf der NeuererVO diese Berechnungsart abgeschafft werden soll.

Unterschiedliche Auffassungen gab es dagegen darüber, wie die Bedeutung der schöpferischen Eigenschaft der Leistung und der erzielte wirtschaftliche Nutzen gegeneinander abzuwägen sind, wobei Ergebnisse für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu beachten sind. Einige Teilnehmer wiesen in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß in vielen Fällen die erfinderische Leistung auf den Leistungen des Betriebskollektivs aufbaut.

Einigkeit bestand darüber, daß die Bewertung einer erfinderischen Leistung nicht davon abhängig gemacht werden kann, ob der Erfinder für die Lösung eine längere Zeit und erhebliche Anstrengungen benötigt oder ob sie ihm auf Grund seiner ausgezeichneten Kenntnisse und hohen Fähigkeiten in einer kurzen Zeitspanne und mit verhältnismäßig geringen Anstrengungen gelingt. Wesentlich ist, den Erfinder anzuerkennen und ihm einen Anreiz für sein Schaffen zu geben.

Am 26. November 1971 führte der 3. **Strafsenat** des **Obersten Gerichts** eine Fachrichtertagung zu Problemen der Vorbeugung und Bekämpfung der Sexualkriminalitat durch, der bereits eine Problemdiskussion mit Sachverständigen vorausgegangen war. Auf der Grundlage von Thesen sowie einer Einschätzung der Strafrechtsprechung auf dem Sachgebiet wurden folgende Fragen erörtert:

- Voraussetzungen des Ausspruchs von Strafen ohne Freiheitsentzug bei Vergehen nach § 121 StGB,
- Begriff der „sexuellen Handlung“ (§§ 121, 122, 148, 149, 150 Abs. 1 und 2, 151 StGB),
- Begriff der „Gewalt“ im Sinne der §§ 121, 122 StGB,
- Probleme des Rücktritts vom Versuch,
- Abgrenzung zwischen § 148 und § 124 StGB,
- Abgrenzung des § 122 in der Alternative des „Mißbrauchs gesellschaftlicher oder beruflicher Funktion oder Tätigkeit“ zu § 150 Abs. 1 StGB,
- Probleme der mehrfachen Tatbegehung nach § 121 Abs. 2 Ziff. 3 StGB.

Die Beratung diente dem Ziel, durch die Erortderung der in der Praxis aufgetretenen Probleme die Einheitlichkeit und Gerechtigkeit der Rechtsanwendung und Strafpraxis zu sichern.

Die Ergebnisse der Tagung werden ausgewertet und die aufgetretenen Probleme einer Klärung zugeführt.